

Kein Präsident, aber mehr als eine Million Flüchtlinge

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein Präsident, aber mehr als eine Million Flüchtlinge

Das hatte sich Generalstabschef Michel Suleiman sicherlich anders vorgestellt, als ihn das libanesische Parlament zum Präsidenten wählte. Der 31. Mai 2014 war der letzte Tag seiner seit 2008 währenden Amtszeit, ein Nachfolger wurde bisher nicht gewählt. Ein politisches Vakuum in einer Zeit, in welcher der Libanon unter dem Druck der über eine Million syrischen Flüchtlinge zu ersticken droht. Die Weltöffentlichkeit reagiert erneut nur zaghaft!

Heino Matzken

In der Konkordanzdemokratie am Mittelmeer sind die wichtigsten politischen Posten nach konfessioneller Zugehörigkeit verteilt. So muss nach der Verfassung aus dem Jahr 1943 der Präsident ein maronitischer Christ sein. Doch die pro-syrischen Kräfte im Libanon boykottieren seit April die Parlamentssitzungen und somit die Wahl eines Nachfolgers Suleimans. Eine politische Krisensituation, die in westlichen Ländern zu panikartiger Stimmung in der Bevölkerung führen würde – nicht so im Libanon. Viel zu gross sind die alltäglichen Probleme, verursacht durch den dreijährigen Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien. Libanesische Schiiten kämpfen unter der Fahne der Hisbollah auf Seiten Assads, Anschläge erschüttern das Land und die über eine Million Flüchtlinge stürzen die Wirtschaft in den Abgrund.

Ein Land, das jahrzehntelang Spielball anderer Mächte war. Ein Land, welches geprägt durch die Konkurrenz verschiedener Religionsgruppen, der Toleranz «Nathan des Weisen» bedarf. Ein Land, dessen Bevölkerung nach über 35 Jahren Krieg Ruhe und Frieden verdient hätte.

Dabei begann alles überaus positiv. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches erhielt Frankreich das christlich-drusische Libanongebirge, die sunnitisch-schiitischen Küstenregionen und die schiitische Bekaa-Ebene 1920 als Mandatsgebiet. Im Laufe des Zweiten Weltkrieges kündigte die libanesische Regierung das Mandat einseitig auf. Als eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen verdiente sich die einzige parlamentarische Demokratie im arabischen Raum danach, dank ihrer wirtschaftlichen Stabilität und Neutralität, den Beinamen



Syrische Flüchtlinge im Libanon.

Bild: Geerlings-Diel

«Schweiz des Orients». Der Ausbruch des 25 Jahre andauernden Bürgerkriegs im April 1975 beendete jedoch abrupt die prosperierende Phase der Zedernrepublik. Schon damals mischten sich die mächtigen Nachbarn Syrien und Israel in die innerlibanesischen Angelegenheiten ein – wahrlich nicht immer zum Vorteil der Bevölkerung. Erst das Abkommen von Taif, eine Kleinstadt in Saudi-Arabien, schuf 1989 eine vorübergehende Grundlage für die Beendigung des Bürgerkriegs, der über 90 000 Todesopfer gefordert hatte. Dieser Kompromiss sah eine verfassungsmässige Aufteilung der politischen Macht vor. Die Verteilung der 128 Sitze im Parlament erfolgt seitdem nach dem Grundsatz der konfessionellen Parität. Die vier höchsten Staatsämter sind den verschiedenen religiösen Gruppen vorbehalten (christlich/maronitischer Präsident, sunnitischer Regierungschef, schiitischer Parlamentsprä-

sident und christlich/maronitischer Armeechef). Diese religiöse Gleichberechtigung basierte jedoch auf der letzten offiziellen Volkszählung von 1932 und wird, sicherlich zu Recht, besonders von den Schiiten in Frage gestellt. Nach Schätzungen ist der Anteil der Christen auf unter 40 Prozent gesunken. Sunniten und Schiiten kommen auf jeweils fast 30 Prozent, was das Kräfteverhältnis und damit auch die Legitimität des nach Glaubenszugehörigkeit aufgeteilten Staatsapparats in Frage stellt.

Vormachtstellung der Schiiten

Besonders die machtpolitische Rolle der Schiiten hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verstärkt. Die «Partei Alis» (shia heisst auf Arabisch «Anhängerschaft» oder «Partei») stellt nicht nur fast ein Drittel der libanesischen Bevölkerung, sie verfügt mit der Hisbollah-Miliz auch über eine finanz- und schlagkräftige Rückendeckung. Nach dem israelischen Ein-

marsch im Südlibanon 1982 gegründet, erfreut sich die paramilitärische Organisation seither der finanziellen Unterstützung des schiitischen Irans. Das Mullah-Regime in Teheran versucht seit langem, den sogenannten «schiitischen Halbmond» zu stärken. Darunter versteht man die Länder mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit wie Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidschan und den Libanon. Auch Syrien, dessen Herrscherfamilie Assad zu der schiitischen Gruppierung der Alawiten gehört, rechnet man nach geostrategischer Betrachtung ebenfalls zum «schiitischen Halbmond». Seit Jahrzehnten gelangen daher Geld und Waffen

«Zum Glück», sagt sich Syriens Präsident, denn seit Monaten kämpfen Hisbollah-Angehörige auf Seiten des Assad-Regimes gegen die sunnitische Opposition. Die militärischen Erfolge der letzten Monate in der strategisch wichtigen nord-östlichen Grenzregion des Libanon gehen zum Teil auf die Rechnung der schiitischen Verbündeten aus dem Nachbarland. Die Männer Nasrallahs – Generalsekretär der Hisbollah – hatten somit massgeblichen Anteil an der militärischen Konsolidierung Assads, doch zahlten sie einen hohen Preis. Neben den zahlreichen Verlusten verzeichnet die «Partei Gottes» vor allem einen Popularitätsverlust in der Bevölkerung. Seit ihrer Gründung rechtfertigte sie ihre Existenz mit dem Widerstand gegen die israelische Besatzung – Tel-Aviv kontrolliert weiter die umstrittenen Shebaa-Farmen. Die innenpolitische Blockadepolitik und die aussenpolitische Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg, mit der Gefahr des Übergreifens auf den Libanon, finden jedoch immer weniger Zuspruch im Volk. Eine echte Alternative hat Nasrallah allerdings nicht, da mit dem Fall Assads die Verbindung zum Hauptgeldgeber Iran abreißen würde. Ohne die finanzielle Unterstützung Teherans könnte die Hisbollah ihr weitverzweigtes Sozialsystem mit Schulen und Krankenhäusern wohl kaum aufrechterhalten.

Auch politisch kann man der Hisbollah nicht gerade konstruktive Mitarbeit attestieren, wie der scheidende Präsident Suleiman feststellen musste. Die prosyrischen Kräfte, Schiiten und ein Teil der Christen unter Ex-General Aoun, vereint in der «Allianz des 8. März», blockieren seit April eine fruchtbare Arbeit des Parlaments. So hatte die antisyrische «Allianz des 13. März» aus Sunniten und einem anderen Teil der Christen im April für den Vorsitzenden der rechtsorientierten Miliz Forces Libanaises, Samir Geagea, im ersten Wahlgang votiert. Doch aufgrund der fehlenden Zweidrittelmehrheit, ist eine zweite Wahlrunde nötig, welche die Oppositionellen nun boykottieren.¹ Bereits 2007 durchlebte die «Schweiz des Nahen Ostens» über sechs Monate ein ähnliches Präsidentenvakuum. Erst die Vermittlung Katars konnte mit dem «Abkommen von Doha» den gordischen Knoten durchschlagen und Michel Suleiman als Kompromiss präsentieren.

Das leere Präsidentenbüro kommt zeitlich sehr ungelegen. Bereits die Regierungsbildung unter Tammam Salam hatte zehn Monate gedauert. Erst im Februar

2014 verständigten sich die Protagonisten über ein Kabinett der nationalen Einheit. Nicht unbedingt die beste Konstellation, um die akuten Probleme zu lösen.

Flüchtlinge

Das kleine Land am Mittelmeer erstickt förmlich an der Flut der syrischen Flüchtlinge. Ein Viertel der libanesischen Bevölkerung besteht inzwischen aus den Kriegsemigranten des Nachbarlands. Täglich erhöht sich die Zahl um 2500. Ein enormer Ballast, deren Kosten das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) auf 1,37 Milliarden Euro beziffert. Lediglich 200 Millionen Euro Hilfsgelder sind bislang eingetroffen. Die Weltbank schätzt die Belastung der libanesischen Volkswirtschaft auf etwa 1,8 Milliarden Euro. Zudem seien die Löhne im Land wegen der nun «en masse» verfügbaren Arbeitskräfte stark gesunken. Unter der eine Million Flüchtlinge befinden sich auch 400 000 Kinder, von denen lediglich ein Viertel eine zumindest rudimentäre Schulausbildung erhält.

Der Libanon sieht sich einer katastrophalen Lage gegenüber, die selbst homogene, gut funktionierende Staaten an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit führen würde. Wie soll da ein Land reagieren, welches konfessionell und politisch derart gespalten ist? Michel Suleiman und seine vier Millionen Landsleute können nur hoffen, dass sich schnell ein neuer Präsident findet. Ein Mann, der in Beirut gewählt, aber von Teheran und Riad bestimmt werden wird. Und genau hier liegt der Schlüssel des Problems. Das kleine Land nördlich der Golan-Höhen bleibt weiter Spielball der sunnitischen und schiitischen Protagonisten Saudi-Arabien und Iran. Solange diese beiden Mächte ihre Stellvertreterkriege in Beirut austragen, zahlt die Bevölkerung – eine Million syrischer Flüchtlinge inbegriffen – die Rechnung! ■

1 «Libanon im gefährlichen präsidentialen Vakuum», Der Standard, 28.05.2014.

2 «Eine Million Flüchtlinge im Libanon», FAZ, 03.04.2014.



Präsident Michel Suleiman (2008 – 14).

über Damaskus in die Hände der Hisbollah. Ihre Durchhaltefähigkeit bewies die «Partei Gottes» 2006 in einem «de-facto»-Krieg gegen Israel. Mehr als 1100 Menschen starben und ein grosser Teil der Infrastruktur des Südlibanon fiel diesem Konflikt zum Opfer. Der Süden des Landes ist seitdem, gemäss der UN-Resolution 1701, der internationalen Friedenstruppe UNIFIL und der libanesischen Armee unterstellt. Einen möglichen Waffenschmuggel über die syrisch-libanesischen Grenze vermag die über 10 000 Mann starke UN-Truppe nicht zu verhindern. Somit ist die Erfüllung des zweiten Teils der Resolution 1701, die Entwaffnung der Hisbollah, bislang nicht gelungen.



OTL im Generalstab
Heino Matzken
Diplom Informatiker
Deutscher VtdgAttaché
in Belgien
1150 Woluwe St Pierre